



22.3386

**Motion UREK-N.
Fotovoltaikanlagen
auf Lärmschutzwänden, Fassaden,
Dachflächen sowie Überdachungen
bestehender Infrastrukturanlagen**

**Motion CEATE-N.
Installations photovoltaïques
sur les murs antibruit, les façades,
les toits et les couvertures
d'infrastructures existantes**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 02.06.22

Antrag der Kommission
Annahme der Motion

Antrag Hess Erich
Ablehnung der Motion
Schriftliche Begründung

Die Motion würde die SBB und das ASTRA zwingen, wichtige und dringliche Ausgaben innerhalb ihres Budgets zu stornieren und stattdessen diese Gelder für die Installation von zusätzlichen Fotovoltaikanlagen einzusetzen. Die SVP-Fraktion lehnt diese Umschichtungen innerhalb des SBB- und des ASTRA-Budgets ab.

Proposition de la commission
Adopter la motion

Proposition Hess Erich
Rejeter la motion

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Ausgangspunkt der vorliegenden Kommissionsmotion war der Bericht zum Postulat Storni 20.3616, das eine Potenzialabklärung zur Nutzung von Sonnenenergie auf Lärmschutzwänden entlang von Autobahnen und Bahnlinien verlangte. Obwohl bereits seit über dreissig Jahren eine solche Anlage an der A13 in Chur besteht, sind gemäss Bericht lediglich zehn solche Anlagen in Betrieb. In den letzten zwölf Jahren wurden nur zwei Fotovoltaikanlagen installiert, die letzte 2014. Wahrlich kein berauschender Leistungsausweis! Das ASTRA, aber auch die SBB scheinen wenig Interesse zu haben, ihre Vorbildfunktion bezüglich Nutzung von erneuerbaren Energien wahrzunehmen.

Die vorliegende Motion verlangt nun von den zwei Betrieben einen Richtungswechsel. Sämtliche möglichen Flächen der Nationalstrassen- und Bahninfrastruktur müssen umgehend für die Stromproduktion genutzt werden. ASTRA und SBB müssen sich mit ihren Infrastrukturanlagen an der Versorgungssicherheit beteiligen. Sämtliche Anlagen sollen unverzüglich für Fotovoltaikanlagen genutzt werden: Lärmschutzwände, Fassaden, Dachflächen, Bahnhofhallen, Überdachungen von Perrons, Haltestellen, Tunnelportale, Parkplätze auf Raststätten usw. Selbst Überdachungen von Autobahnabschnitten müssen geprüft und nach Möglichkeit rasch mit Fotovoltaikanlagen ausgerüstet werden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Strom für den Eigenverbrauch in Gebäuden, Tunnels oder Werkhöfen verwendet werden kann oder ob er ins Netz eingespeist wird. Auch die Überdachung von Rangierbahnhöfen muss geprüft werden. Es gilt, die "low-hanging fruits" unverzüglich zu ernten oder diese Flächen mindestens Dritten zur Verfügung zu stellen.





Die Kommission war in mancher Hinsicht nicht befriedigt vom Bericht zum Postulat Storni. Einerseits sind die möglichen Fotovoltaikflächen viel grösser als im Bericht dargestellt. Andererseits vermisste die Kommission eine zielgerichtete Strategie für die Nutzung von Fotovoltaik. SBB und ASTRA scheinen den Ernst der Lage noch nicht erkannt zu haben. Bestehende Infrastrukturanlagen mit Solarpanels auszurüsten, ist nicht "nice to have", sondern ein Muss. Der Bund, dazu gehören auch das ASTRA und die SBB, ist verpflichtet, eine Vorbildfunktion einzunehmen. Diesen Geist lassen die zwei Betriebe noch vermissen.

Das Solarpotenzial der SBB ist noch gänzlich ungenutzt. Die meisten Solaranlagen seien unwirtschaftlich für die Bahn. Auch wenn die SBB viel eigene Wasserkraft besitzen, so sind sie trotzdem aufgefordert, ihre grossen Infrastrukturanlagen für die Stromversorgung zu nutzen.

Das ASTRA beabsichtigt hingegen, das Potenzial in der Nähe von Verbrauchsstätten zu realisieren. Diese Einsicht ist loblich. In der Kommission wurde darauf hingewiesen, dass auch Autobahnraststätten und die riesigen Parkflächen entlang der Autobahnen zu dieser Kategorie gehören und unverzüglich mit Solarpanels auszurüsten sind, damit der Strom für die Ladestationen entlang der Nationalstrassen möglichst vor Ort produziert werden kann.

Die Kommission hat die Motion mit 15 zu 7 Stimmen bei 0 Enthaltungen angenommen. Die Minderheit wendet ein, dass wir bezüglich Energie noch nicht alles wissen; wir wissen auch noch nicht, welche Richtung wir einschlagen sollen – das sieht die Mehrheit anders. Aus diesem Grund, meint die Minderheit weiter, sollten wir einen Schritt zurückgehen und noch einmal eine Debatte über den Bedarf in den nächsten Jahren führen. Die Kommissionsmehrheit hingegen will, dass bestehende Infrastrukturanlagen der SBB und des ASTRA für die Stromproduktion rasch genutzt werden. Dabei soll es keine Rolle spielen, ob die Flächen selbst genutzt oder Dritten zur Verfügung gestellt werden.

Ich bitte Sie, folgen Sie der Mehrheit, nehmen Sie die Motion an und lehnen Sie den Einzelantrag Hess Erich ab.

Imark Christian (V, SO): Frau Munz, Sie haben von einem grossen Potenzial gesprochen, Sie haben von grossen Parkplätzen gesprochen. In der Kommission wurde das Potenzial beziffert, insbesondere das Potenzial für die gesamte Energieversorgung der Schweiz. Können Sie den Leuten bitte auch mitteilen, wie klein das Potenzial eigentlich ist, von dem wir hier sprechen?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Vielen Dank für diese Frage, Herr Imark. Es wurde das Potenzial bezüglich Lärmschutzwänden aufgelistet. Ich habe gesagt, dass die Kommission mit dem Postulatsbericht nicht zufrieden war. Mit dieser Kommissionsmotion verlangen wir viel mehr. Wir verlangen eine Überdachung sämtlicher Infrastrukturanlagen, also nicht nur von Lärmschutzwänden. Wir verlangen, dass Rangierbahnhöfe, Autobahnraststätten, alles, was wir an Infrastruktur haben, überdacht werden. Deshalb ist das Potenzial hier, wie in der Kommission gesagt wurde, nicht befriedigend ausgewiesen.

Suter Gabriela (S, AG): Frau Kollegin Munz, können Sie das Potenzial dieser Flächen in Relation zum gesamten Flächenpotenzial stellen, das die SBB und das ASTRA haben, um Fotovoltaik zuzubauen? Die SBB und das ASTRA haben sich eigentlich dazu verpflichtet, ihr Potenzial möglichst auszuschöpfen.

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Ich habe dazu keine Zahlen vorliegen. Das Potenzial müsste eigentlich im Postulatsbericht ausgewiesen sein, wobei das Postulat nur auf Lärmschutzwände ausgerichtet war. Aber wir haben riesige Infrastrukturfächen, etwa entlang der Autobahnen und auf Raststätten, wo wir Ladestationen für die E-Mobilität einrichten können. Wir müssen jetzt unsere bestehende Infrastruktur überdachen und mit Fotovoltaik ausrüsten. Wir müssen die "low-hanging fruits" so schnell wie möglich ernten. Daran führt kein Weg vorbei.

Aeschi Thomas (V, ZG): Wie hoch beziffern Sie denn die Gesamtkosten dieses Ausbaus, und wo geht dieses Geld

AB 2022 N 891 / BO 2022 N 891

weg? Geht es bei den SBB und beim ASTRA weg, die damit sonst Investitionen getätigt oder Unterhaltsarbeiten ausgeführt hätten?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Vielen Dank, Herr Aeschi, für diese Frage. Zur Fotovoltaik beantworte ich die Frage bezüglich Kosten sehr gerne. Fotovoltaik ist die günstigste erneuerbare Kilowattstunde, die wir zubauen können. Sie machen sich für Atomkraft stark, und ich kann Ihnen sagen: Atomkraft ist die teuerste Kraft, die wir überhaupt zubauen können, es ist auch die gefährlichste, und sie würde erst noch viel zu spät



verfügbar sein. Bauen wir Fotovoltaik zu, es ist die günstigste Kilowattstunde.

Graber Michael (V, VS): Frau Kollegin Munz, im Anschluss an die Frage von Herrn Kollege Imark, die Sie damit beantwortet haben, dass Sie mit dem Bericht nicht zufrieden seien, nochmals die Frage: Wie gross ist das wirtschaftlich nutzbare Potenzial? Darum geht es. Wie gross ist es?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Ich kann Ihnen sagen, dass wir bei der ganzen Fotovoltaik ein nutzbares Potenzial von 67 Terawattstunden haben, und diese gilt es jetzt endlich zuzubauen.

Hurter Thomas (V, SH): Kollegin Munz, vielleicht können Sie die Frage von Herrn Aeschi doch noch beantworten. Ich stelle sie noch einmal: Woher nehmen Sie das Geld für diese Ausbauten? Nehmen Sie es vom öffentlichen Verkehr, von den SBB, oder nehmen Sie es vom ASTRA? Wo muss es eingespart werden?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Vielen Dank, Herr Hurter, für diese Frage. Wir müssen erneuerbare Energie bereitstellen. Die Infrastruktur müssen wir, so viel wir können, hier in unserem Land zubauen. Zurzeit schicken wir für fossile Energie 6 Milliarden Franken und mehr ins Ausland. Dieses Geld investieren wir hier im Inland. Ob das ASTRA selber investiert, indem es auch für die Bereitstellung erneuerbarer Energie entsprechende Kredite aufnimmt, steht nicht in dieser Motion. Ich bin Kommissionssprecherin, und das haben wir in der Kommission nicht besprochen. Tatsache ist: Der Bund hat eine Vorbildfunktion. Wir müssen zubauen, die bestehende Infrastruktur muss jetzt genutzt werden, und es sollte nicht Geld für fossile Energie ins Ausland geschickt werden.

Girod Bastien (G, ZH): Frau Munz, Kartografierungen zeigen, dass es bei Autobahnböschungen ein Potenzial von 6 Terawattstunden gibt, bei Parkplätzen sind es 5 Terawattstunden. Es gibt ein riesiges Potenzial, das ausgeschöpft werden soll. Meine Frage: Hätte die Kommission bei einem so grossen Potenzial nicht besser eine parlamentarische Initiative gemacht?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Vielen Dank, Herr Girod, für diese Frage. Sie sind selbst Mitglied der Kommission. Es ist an Ihnen, in der Kommission entsprechende Anträge zu stellen.

Martullo-Blocher Magdalena (V, GR): Sehr geehrte Frau Kollegin Munz, wie produzieren wir die Energie, wenn die Sonne nicht scheint? Haben Sie die Kosten für Zweitinstallationen in den Solarkosten ebenfalls berücksichtigt?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Vielen Dank, Kollegin Martullo, für diese Frage. Es ist immer die ewig gleiche, alte Leier: Die Sonne scheint in der Nacht nicht. Wir haben Speichermöglichkeiten, wir müssen auch den Winterstrom ausbauen. Was ist, wenn die Grenzen geschlossen sind, mit der fossilen Energie? Wie kommt sie in die Schweiz? Wir müssen jetzt erneuerbare Energie in der Schweiz zubauen, dort, wo wir Konsens haben, nämlich bei Infrastrukturbauten, die bereits bestehen.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Kollegin Munz, wie erklären Sie sich, dass der Stromverbrauch seit 2001 pro Kopf um 10,3 Prozent zurückgegangen ist, während er gleichzeitig in absoluten Zahlen um 6,4 Prozent zugenommen hat? Hat das auch etwas mit dem Bevölkerungswachstum zu tun?

Munz Martina (S, SH), für die Kommission: Vielen Dank, Herr Kollege, für diese Frage. Machen Sie nicht aus jeder Energiedebatte eine Zuwanderungsdebatte. Wir müssen auf netto null kommen, ob mit oder ohne Zuwanderung.

Präsidentin (Kälin Irène, Präsidentin): Ich möchte daran erinnern, dass wir noch immer über Kommissionen verfügen, die Arbeiten für uns übernehmen können. Wir müssen die Kommissionssitzungen nicht im Plenum abhalten.

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR), pour la commission: J'aimerais répondre à une question qui a été posée à ma collègue au sujet des investissements. Il s'avère que les investissements sur les murs sont plus élevés que par exemple sur les surfaces de toiture comparables, notamment parce que les coûts de raccordement aux artères de circulation sont plus élevés que dans les zones d'habitation. En définitive, l'étude fait état d'un potentiel utilisable – et je crois qu'il est important de le souligner – de 101 gigawattheures par an. Cela représente environ 0,15 pour cent du potentiel du photovoltaïque si l'on équipait tous les toits des bâtiments de notre pays.



Vous le savez tous et toutes, pour que nous puissions atteindre les objectifs de la stratégie énergétique d'ici à 2050, la Suisse doit miser sur l'énergie solaire de manière significative. Concrètement, les Perspectives énergétiques 2050 plus prévoient une production annuelle de 34 térawattheures d'électricité à partir d'installations photovoltaïques. Cela représente environ treize fois plus d'énergie que ce que nous produisons aujourd'hui. Sans un développement massif du photovoltaïque, il sera impossible de s'affranchir des énergies fossiles. C'est pourquoi nous devons aussi exploiter le potentiel des murs antibruit et d'autres infrastructures le long des grandes voies de communication.

Le Conseil fédéral doit veiller à ce que les Chemins de fer fédéraux et l'Office fédéral des routes utilisent les surfaces des parois antibruit, des façades, des toits et des toitures pour y produire de l'énergie électrique renouvelable à l'aide de panneaux solaires. Le mandat ne s'applique qu'au potentiel utilisable, c'est-à-dire aux surfaces qui répondent aux critères de rentabilité et dont la mise en oeuvre est techniquement réalisable. Les infrastructures inadaptées ou les projets non rentables économiquement ne doivent pas être privilégiés.

Fondamentalement, l'idée qui sous-tend ce mandat est celle que la Confédération doit jouer un rôle de modèle dans le domaine de l'énergie. C'est pourquoi elle doit également encourager les organisations partenaires à inclure dans leurs portefeuilles des surfaces appropriées pour la réalisation d'installations photovoltaïques.

Je ne peux pas prendre position sur l'amendement de M. Erich Hess, car nous n'en avons pas discuté en commission.

La Commission de l'énergie, de l'aménagement du territoire et de l'environnement a décidé de déposer cette motion par 15 voix contre 7.

Je vous prie d'accepter cette motion tellement importante pour l'énergie.

Imark Christian (V, SO): Vielen Dank. Ich habe inzwischen die Zahlen gefunden. Vorhin hatte ich sie nicht präsent. Können Sie bestätigen, dass wir hier im Vergleich zum gesamten Potenzial in der Schweiz von einem wirtschaftlich nutzbaren Potenzial von 0,15 Prozent sprechen?

Bulliard-Marbach Christine (M-E, FR), für die Kommission: Herr Imark, ich danke Ihnen für die Frage. Sie fragen mich, ob ich Ihre Aussage bestätigen kann. Ja, das kann ich – Sie haben dieselben Zahlen gefunden. Wir sind ja Mitglied

AB 2022 N 892 / BO 2022 N 892

derselben Kommission, und dort konnten wir ebenfalls darüber diskutieren.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Der Ausbau der einheimischen Energien und besonders auch der Fotovoltaiktechnologie ist für den Bundesrat ein wichtiges Anliegen. Sie sehen es jetzt und vielleicht stärker als in den vergangenen Jahren: Die sichere Versorgung mit Energien, mit einheimischen Energien, ist für die Bevölkerung und für die Wirtschaft von allergrösster Priorität. Deshalb sollten wir alles tun, was möglich ist. Wir sollten es möglichst rasch umsetzen, um die Versorgungssicherheit zu stärken, um die Auslandabhängigkeit zu reduzieren. Wir werden nie ein energieautarkes Land sein, aber wir wollen die Abhängigkeit von Öl und Gas, wo wir zu hundert Prozent von den Importen abhängig sind, reduzieren, indem wir bezüglich der einheimischen Energien das ausbauen, was in unserem Land möglich ist.

Diese Motion reiht sich in diese Bestrebungen ein. Es gibt nicht eine Lösung für diese Frage. Es gibt verschiedene Beiträge. Es gibt die verschiedenen Energieträger und die verschiedenen Technologien, die dazu einen Beitrag leisten. Es ist auch die Energieeffizienz, die einen Beitrag zur Stärkung der Versorgungssicherheit leistet, und deshalb sollte man vielleicht aufhören, immer zu fragen, ob genau diese Motion die Lösung aller Probleme sei. Nein, das ist sie nicht. Aber sie ist ein Beitrag. Sie werden noch sehr, sehr viele Beiträge leisten müssen, um die Versorgungssicherheit in diesem Land insgesamt zu stärken. Das ist es, was die Bevölkerung und die Wirtschaft von uns, von Ihnen und vom Bundesrat, erwarten.

Mit dieser Motion leisten wir einen Beitrag hierzu. Hier will der Bund mit gutem Beispiel vorangehen und den Weg mit Massnahmen weiterverfolgen, die wir zum Teil bereits ergriffen haben. Der Bund will hier auch einen Beitrag leisten. Einen Beitrag leistet der Bund bereits mit dem Klimapaket Bundesverwaltung. Das wird umgesetzt, auch mit den Massnahmen, die aufgrund der Motion Jauslin 19.3784, im Ständerat war es die Motion Français 19.3750, umgesetzt werden. Mit diesen gleichlautenden Motionen wird verlangt, dass die Versorgung des Immobilienbestandes des Bundes mit erneuerbaren Energien sichergestellt werde.

Es gibt ein Potenzial für die Produktion von Fotovoltaikenergie auf Lärmschutzwänden. Das haben Sie in der Studie gesehen, die wir in Erfüllung des Postulates Storni 20.3616 erstellt haben. Diese hat aufgezeigt, wo wir hier ein Potenzial haben. Es ist aber auch klar, dass hier z. B. im Vergleich mit den vorteilhaften, günstigen Fotovoltaikinstallationen auf Dächern oder an Fassaden zum Teil Einschränkungen vorhanden sind.



Wir müssen nicht alle Dächer, Fassaden, Lärmschutzwände und Überdachungen mit Fotovoltaik ausstatten, sondern wir sollten das Potenzial überall dort nutzen, wo es sich anbietet. Deshalb unterstützt der Bundesrat diese Motion. Er unterstützt die Sicht Ihrer Kommission, wonach auch dieses Potenzial, wie in dieser Motion formuliert, ausgeschöpft werden soll. Das gilt ebenso für das vorhandene Potenzial auf anderen Infrastruktur-objekten.

Was heisst das konkret? Entlang der Nationalstrassen werden Fotovoltaikanlagen vom Bundesamt für Strassen (ASTRA) selber gebaut, und zwar dort, wo es wirtschaftlich ist. Das ist in der Regel dort der Fall, wo die Nationalstrasse Strom verbraucht, also z. B. bei der Versorgung von Nationalstrassentunnels. Tunnels brauchen ziemlich viel Strom; das ist uns vielleicht zu wenig bewusst. Das ist z. B. auch bei Werkhöfen der Fall. Das ASTRA wird die Infrastruktur-objekte, die es nicht selber nutzt, Dritten zur Verfügung stellen, um dort technisch innovative Ansätze und Geschäftsmodelle zu fördern. Dem ASTRA ist es nämlich nicht erlaubt, selbst produzierten Strom zu verkaufen. Das ist eine dieser Einschränkungen, die wir haben. Dadurch, dass das ASTRA Dritte beziehen kann, kann man hier das gesamte Fotovoltaikpotenzial entlang der Nationalstrassen ausschöpfen.

In diesem Sinne bittet Sie der Bundesrat, diese Motion anzunehmen.

Ich gehe noch kurz auf die Überlegung ein, die im Einzelantrag Hess Erich angeführt worden ist. Hierbei geht es um die Frage, ob dieses Vorgehen nicht zulasten des Budgets für den Ausbau der Nationalstrassen beim ASTRA oder des Budgets der SBB gehe. Da kann ich Sie beruhigen. Es geht nicht auf Kosten anderer Projekte, weil diese Investitionen, zumindest was die Nationalstrassen anbelangt, in den Budgets bereits vorgesehen sind. Zudem, vergessen Sie das nicht: Das rechnet sich über die Nutzungsdauer, weil damit auch die Betriebskosten sinken, weil dann weniger Strom eingekauft werden muss. Entsprechend gehen die Betriebskosten zurück. Es ist also kein Problem für das ASTRA und ebenfalls kein Problem für die SBB.

Aeschi Thomas (V, ZG): Die Frage, die ich vorhin der Kommissionssprecherin gestellt habe, wie hoch sie die Gesamtkosten der Umsetzung dieser Motion schätze – denn das kostet etwas –, ist nicht beantwortet worden. Sie sagen jetzt: Es rechnet sich. Trotzdem gibt es auf der einen Seite Investitionskosten, und auf der anderen Seite gibt es Einsparungen. Wie hoch beziffern Sie die Investitionskosten?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Nationalrat Aeschi, was ich Ihnen sagen kann, ist, dass das ASTRA – ich kann nur für das ASTRA sprechen – Investitionen in der Höhe von 65 Millionen Franken für den Bau von Fotovoltaikanlagen entlang der Nationalstrassen plant. Wie ich ausgeführt habe, und Sie wissen das ja auch, rechnet sich das nachher bei den Betriebskosten. Angesichts der ziemlich stark gestiegenen Energiepreise, auch die Strompreise sind betroffen, werden die Betriebskosten noch schneller als in früheren Jahren entlastet werden. Daher rechnet sich das für das ASTRA auf jeden Fall.

Martullo-Blocher Magdalena (V, GR): Sehr geehrte Frau Bundesrätin, Sie haben gesagt, dass diese Massnahme unser Strom- und Energieproblem nicht löse. Wir sprechen hier über ein Potenzial von genau 1 Promille des Strombedarfs. Betreiben wir nicht Augenwischerei, wenn wir uns dauernd mit diesen Kleinstmassnahmen beschäftigen? Sollten wir nicht die Priorität auf die grossen Lösungen für die kurz-, mittel- und langfristige Stromversorgung legen? Wann können wir hier endlich über grosse Massnahmen befinden?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Frau Nationalrätin Martullo-Blocher, ich glaube, die Bevölkerung erwartet von uns allen, dass wir jetzt das, was möglich ist, rasch umsetzen.

Es ist nicht ein Entweder-oder, und wir sollten nicht auf die Umsetzung der Motion verzichten, weil sie nicht alle Probleme der Welt löst. Im Gegenteil, wir sollten das tun, was jetzt möglich und rasch umsetzbar ist. Das dient der Versorgungssicherheit.

Bezüglich der Probleme, der sich stellenden Fragen und der Herausforderungen für die kommenden Jahre hat Ihnen der Bundesrat die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen bereits vorgelegt. Vor einem Jahr verabschiedete der Bundesrat das Bundesgesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien. Dieses ist zurzeit im Ständerat, ist aber noch nicht beraten worden.

Ich denke, wir tun gut daran, alles, was wir jetzt tun können, umzusetzen. Damit stärken wir unsere Versorgungssicherheit. Ich glaube, die Bevölkerung wartet darauf und will, dass wir das tun, was jetzt möglich ist.

Glarner Andreas (V, AG): Geschätzte Frau Bundesrätin, wir sollten unsere Autobahnen dringend ausbauen. Ist es nun sinnvoll, an diese Lärmschutzwände, die nachher wieder weichen müssen, Fotovoltaikanlagen zu montieren?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Wenn Sie das Programm gelesen haben, das der Bundesrat für die



Weiterentwicklung der Nationalstrassen ausgearbeitet hat und das in der Vernehmlassung ist, dann sehen Sie, dass der Bundesrat sehr wohl für den Unterhalt der Nationalstrassen sorgt; das ist auch wichtig. Er sorgt dafür, dass wir die bestehenden Infrastrukturen besser nutzen – ich denke, das ist auch in Ihrem Sinn – und dass wir einen gewissen Ausbau dort,

AB 2022 N 893 / BO 2022 N 893

wo er notwendig ist, auch vorsehen. Das steht nicht im Widerspruch zu dem, was wir hier tun können. Unterschätzen Sie die Bedeutung einer sicheren Stromversorgung nicht. Die Reduktion der Abhängigkeit vom Ausland ist das, was wir jetzt angehen müssen. Hier können wir einen wichtigen Beitrag leisten, auch wenn er nicht gigantisch ist.

Imark Christian (V, SO): Frau Bundesrätin, Sie sprechen davon, die Versorgungssicherheit zu stärken und die Auslandsabhängigkeit zu reduzieren. Wie kann man so argumentieren, wenn man doch weiss, dass wir ein Winterstromproblem haben? Die Lücke ist im Winter und nicht im Sommer. Wenn diese Fotovoltaikanlagen hier produzieren, dann haben wir heute sowieso schon viel zu viel Strom.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Danke, Herr Imark. Wir müssen ganz grundsätzlich mehr Strom produzieren. Gerade Sie interessieren sich ja sehr für Wasserstoff, wenn ich richtig informiert bin, und Sie wissen: Wasserstoff wird ein wichtiger Bestandteil für unsere künftige Energieversorgung sein. Aber Wasserstoff, das wissen Sie auch, braucht extrem viel Überschussstrom. Wir brauchen also zusätzlichen Strom, um z. B. in die Wasserstofftechnologie zu investieren. Der Bundesrat hat aber auch Projekte aufgelegt, um den Winterstrom zu stärken. Ich sage es noch einmal: Die Vorlage, die der Bundesrat vor einem Jahr verabschiedet hat, stärkt den Winterstrom mit zusätzlichen 2 Terawattstunden und mit einer zusätzlichen Finanzierung. Ich hoffe, das Projekt kommt bald zu Ihnen in die Kommission, dann können Sie sich für den Ausbau des Winterstroms einsetzen. Herr Imark, ich freue mich darauf.

Girod Bastien (G, ZH): Frau Bundesrätin, von Meteotest wurde auf Basis des Solarkatasters eine Untersuchung gemacht, die aufzeigt, dass das Potenzial von Solarenergie 120 Terawattstunden beträgt. Das ist viel mehr als der Strom, den wir verbrauchen. Das ist das ausschöpfbare Potenzial. 45 Terawattstunden beträgt das kurzfristig ausschöpfbare Potenzial. Ein grosser Teil kann gerade in den Bereichen Lärmschutzwände, Fassaden, Dachflächen ausgeschöpft werden. Meine Frage lautet: Wieso braucht es diese Motion, damit das ASTRA hier, bei der Ausschöpfung dieses Potenzials, als Vorbild vorausgeht? Sollte das nicht selbstverständlich sein? Sollte das ASTRA nicht schon heute mit voller Kraft in diese Richtung arbeiten?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Danke, Herr Girod, das ASTRA hat auch nicht auf diese Motion gewartet. Das ASTRA ist schon tätig, es ist bereits an der Arbeit. Wir haben also nicht auf die Motion gewartet, aber Sie können sie gerne annehmen. Das gibt dem ASTRA Rückenwind.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Frau Bundesrätin, ich möchte dort einhaken, wo Herr Imark aufgehört hat. Im Motionstext ist die Rede von den Infrastrukturen der SBB und des ASTRA. Ich schätze, dass rund 80 Prozent dieser Infrastrukturen im Mittelland sind, wo es im Winter oft Nebel hat und in der Nacht die Sonne sowieso nicht scheint. Sie sprechen von Versorgungssicherheit mit Elektrizität. Was ist dann genau der Beitrag zur Stromversorgungssicherheit, wenn man ausgerechnet im Mittelland ausbaut, wo 80 Prozent dieser Infrastrukturen liegen und wo es viel Nebel hat? Wo soll der Strom dann effektiv herkommen? (*Zwischenruf des ersten Vizepräsidenten: Die Frage ist gestellt!*) Ich denke, das ist der falsche Ort, um in Anlagen zu investieren.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Herr Nationalrat Wasserfallen, reden Sie das Mittelland nicht schlecht.

1. Auch im Mittelland scheint die Sonne.

2. Das ASTRA wird nur dort investieren, wo es wirtschaftlich ist. Das haben wir Ihnen auch in der Antwort schon gesagt.

3. Auch Sie, Herr Nationalrat Wasserfallen, sind ein grosser Fan von Wasserstoff. In Bezug auf Wasserstoff sagt man mir immer: "Da wird es viel Strom brauchen, aber wir haben ja Strom." Wir haben ihn noch nicht. Für die Entwicklung und Anwendung von Wasserstofftechnologie brauchen wir Überschussstrom. Um diesen wirklich in grossem Ausmass zu erzeugen, müssen wir investieren.

Sie müssen überall dort, wo Sie etwas tun können, etwas unternehmen. Das ASTRA investiert, wo es wirtschaftlich ist. Dritte können investieren, wo es sich für sie lohnt. Ich sage Ihnen: Gerade für Solaranlagen an den Nationalstrassen gibt es sehr interessante Geschäftsmodelle mit Schnellladestationen, die noch entstehen werden. Das sind die Geschäftsmodelle der Zukunft. Helfen Sie mit, die Zukunft dieses Landes zu gestalten,



und verhindern Sie diese Entwicklung nicht.

Egger Mike (V, SG): Geschätzte Frau Bundesrätin, Sie wissen ja, dass die meisten Solarpanels aus China kommen. Wie wollen Sie so die Auslandabhängigkeit reduzieren?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Das ist eine sehr interessante Frage. Erstens, Herr Nationalrat Egger, wissen Sie, dass Solarpanels auch in der Schweiz produziert werden – ich habe solche, Sie können sie bei mir anschauen. Zweitens wissen Sie auch, dass in Europa jetzt massiv in die Entwicklung von Solarpanels investiert wird. Drittens haben Sie, wenn Sie einmal ein Solarpanel montiert haben, selbst wenn es aus dem Ausland importiert wird, zwanzig oder dreissig Jahre lang gratis Strom. Mit der Auslandabhängigkeit beim Gas und beim Öl ist es so, dass Sie an Tagen, an denen kein Gas aus dem Ausland kommt, auch kein Gas haben. Das ist doch ein beträchtlicher Unterschied.

Schläpfer Therese (V, ZH): Geschätzte Frau Bundesrätin, die Motion beinhaltet ja auch eine Förderung von Fotovoltaikanlagen an Fassaden und Dachflächen. Ich nehme an, das betrifft z. B. auch Einfamilienhäuser. Wie gedenken Sie, das dort angesichts der vielen Bauvorschriften zu fördern, mit denen eine Gemeinde konfrontiert ist? Die Gemeinde muss das Baugesuch für jedes kleine Dach eines Hauses, das sich in der Kernzone befindet, weiterleiten. Es dauert eine Ewigkeit, bis dieses zurückkommt und man dann endlich die Baubewilligung hat.

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Vielen Dank für diese Frage. Das, was Sie jetzt erwähnt haben – ich komme gerne noch kurz darauf zu sprechen –, ist nicht Inhalt dieser Motion. Hier geht es nur um die Infrastrukturanlagen, an denen die SBB und das ASTRA beteiligt sind und wo sie investieren, oder um Flächen, die sie Dritten zur Verfügung stellen können.

Zu den Hürden und den Schwierigkeiten betreffend Bauvorschriften: In den letzten zwei Jahren haben wir massiv vereinfacht. Dort, wo Gemeinden und Kantone Vorschriften machen, können wir natürlich nicht eingreifen. Ich empfehle Ihnen aber, morgen eine der Medienmitteilungen zu lesen, die der Bundesrat verabschiedet wird. Dann sehen Sie, dass wir bereits ab dem 1. Juli dieses Jahres im Rahmen des Raumplanungsgesetzes und der Verordnung weitere Erleichterungen beschliessen und in Kraft setzen. Sie sehen dann, dass wir diese Erleichterungen wirklich vornehmen. Sie haben recht, die Leute wollen vorwärtskommen. Wir wollen ihnen keine Steine in den Weg legen.

Sollberger Sandra (V, BL): Frau Bundesrätin, eine kleine Frage: Sie haben gesagt, es gebe auch Schweizer Solarpanelhersteller. Das ist so. Im privaten Rahmen muss man sich aber nicht dem öffentlichen Beschaffungswesen unterstellen. Glauben Sie wirklich, dass die Schweizer Hersteller bei den Ausschreibungen gewinnen und die Solarpanels liefern können?

Sommaruga Simonetta, Bundesrätin: Das ist eine sehr gute Frage, Frau Nationalrätin Sollberger. Sie wissen ja, dass wir auch beim öffentlichen Beschaffungsrecht die Möglichkeit haben, gewisse Kriterien zu fordern. Ich werde dem gerne nachgehen. Wir haben einen guten Grund, hier im Sinne der Nachhaltigkeit dafür zu sorgen, dass wir auch die einheimische Produktion berücksichtigen oder allenfalls besser berücksichtigen.

AB 2022 N 894 / BO 2022 N 894

Präsident (Candinas Martin, erster Vizepräsident): Die Kommission und der Bundesrat beantragen die Annahme der Motion. Herr Erich Hess beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.3386/25026)

Für Annahme der Motion ... 138 Stimmen

Dagegen ... 48 Stimmen

(1 Enthaltung)